

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.
Verleger: W. Eckardt.
Zur Zeit: 25 241.
Zur Zeit: 20011.

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 15. März 1925 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einseitige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 20 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg. Offertingebühren 10 Pfg. Zusätzl. Aufschlag gegen Vorauszahlung!

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marieustr. 35/40
Druck u. Verlag von Ulrich & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nummer 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit beizuliefernder Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

<p>Oefen und Herde kauft man preiswert im Fachgeschäft Chr. Garms Inh.: W. Eckardt Gr. Zwingenstr. 13 Fernsprecher: 11262 Nähe Postplatz. Kochanlagen für Großbetriebe — Kohlen- und Gas-Herde — Dauerbrand-Oefen — Ersatzteile.</p>	<p>Rönisch-Flügel u. Pianos für verwöhnte Ansprüche Hupfeld-Rönisch / Waisenhausstr. 24</p>	<p>Brautausstattungen Einzelmöbel in allen Preislagen 63jähriges Bestehen Straßebahnstr. 5 J. A. BRUNO Kamenzer Straße 27 KÖNIG Telefon 22697</p>
--	---	---

Deutschland soll in den Völkerbund.

Das Ergebnis der Pariser Konferenz. — England für den deutschen Sicherheitsvorschlag. Sozialistische Sonderkandidatur Braun für die Präsidentenwahl. — Der Reichstag fordert das Aufwerlungsgesetz.

Das offizielle Kommuniqué.

Paris, 7. März. Das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten veröffentlicht folgendes Kommuniqué:

Staatssekretär Chamberlain und Ministerpräsident Herriot haben zweimal miteinander beraten, um die auswärtigen Probleme, die augenblicklich gestellt sind, zu besprechen, insbesondere aber das Sicherheitsproblem. Sie haben im Geiste vollkommener Gerechtigkeit und mit dem Wunsche, praktische und wirkungsvolle Lösungen zu finden, einen ersten Meinungsaustausch gehabt. Sie sind dahin übereingekommen, daß diesem Meinungsaustausch im Einverständnis mit den alliierten Diplomaten Verhandlungen folgen sollen. Außen Chamberlain hat die Absicht, sich auf eine neue in Paris anzustellen, um eine neue Konferenz mit dem Ministerpräsidenten Herriot nach der Tagung des Völkerbundes in Genf zu haben.

Herriots Vorbehalte.

Paris, 8. März. Der diplomatische Redakteur der Agentur Havas glaubt, in der Lage zu sein, über die Unterredung mitteilen zu können, Chamberlain sehe die Lösung der Sicherheitsfrage in dem bekannten Pakt zwischen den fünf europäischen Mächten Deutschland, England, Frankreich, Italien und Belgien, dem sich eventuell Deutschlands östliche Nachbarn, die Tschecho-Slowakei und Polen, anschließen könnten. Der deutsche Vorschlag, auf dessen Grundlage eine annehmbare Verhandlungsbasis abgeben. Es habe nicht den Anschein, als ob sich Herriot lateinisch geäußert habe, dem zugunsten, jedoch habe er ernsthafte Einwendungen gemacht. Er habe jedoch nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht, denn das französische Gesamtministerium habe über diese Frage noch nicht beraten. Herriot habe Chamberlain sichtlich erläutert, daß der Vorschlag besser aufgenommen werden würde, wenn ihm ein enger gehaltenes Sicherheitsabkommen zwischen England, Frankreich und Belgien vorausginge, doch scheine in dieser Hinsicht die Absicht des britischen Kabinetts schon festgelegt zu sein. Nach Ansicht Chamberlains müßten sich die Alliierten unter sich verständigen, bevor sie mit Deutschland verhandeln, aber der Abschluß eines internationalen Paktes zu Berlin, der dem Pakt zu fünf Jahren vorausginge, könne bei dem augenblicklichen Stand der Dinge in London als unannehmbar bezeichnet werden.

Havas erklärt ferner, es sei nicht zweifelhaft, daß Herriot darauf hingewiesen habe, daß der deutsche Vorschlag enthalte eine Gefahr für das territoriale Statut von Polen.

Frankreich werde nur in vollkommener Übereinstimmung mit Warschau handeln. Auf diese Bemerkung habe Chamberlain geantwortet, die allgemeine Entspannung, die der Abschluß eines deutsch-französisch-englisch-italienisch-belgischen Sicherheitsvertrages in ganz Europa auslösen werde, könnte die besondere Lage Polens nur konsolidieren. Ministerpräsident Herriot habe darauf sicher auch von der Bedrohung gesprochen, die für Italien die Angliederung Oesterreichs an Deutschland bedeutete. Die Havas-Veröffentlichung schließt schon jetzt seien die französischen und englischen Tendenzen in gewissem Grade die gleichen. So hätten die beiden Staatsmänner geglaubt, daß bevor man eine Verhandlung mit Deutschland anknüpfe, dieses keine Zulassung zum Völkerbund nach den gewöhnlichen Regeln, die das Statut vorsehe, nachsuchen dürfe.

Andererseits könne der Abschluß des Garantievertrages mit Deutschland in keiner Weise die Rechte, die die Alliierten aus dem Friedensvertrage herleiten, beeinträchtigen, insbesondere auch nicht die Verabsicherung der Befestigungsdauer der Rheinlande, die noch zehn Jahre dauern müsse, nach sich ziehen, noch könne irgendein deutscher Versuch gegen die Artikel 42 bis 44 des Versailler Vertrages hinsichtlich der Entmilitarisierung des linken Rheinufers erfolgen, ohne daß ein solches von England und von den anderen Alliierten als feindseliger Akt bezeichnet werde.

Die Frage der Räumung der Räder Zone sei nur gestreift worden und werde später behandelt werden, wenn die Vorkonferenz das Gutachten des internationalen militärischen Komitees von Versailles erhalten und sich darüber geeinigt habe.

Die angilgeschwollene Schwäche Polens

London, 8. März. Im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen die Pariser Besprechungen zwischen Chamberlain und Herriot über den Völkerbund in Genf. — „Daily Express“ hebt hervor, es werde zum 20. Male der Versuch gemacht, den Pakt für einen dauernden Frieden in Europa zu erneuern. Der diplomatische Berichterstatter des „Observer“ weist auf die Schwierigkeiten der Aufgabe Chamberlains hin. Graf Stojanoff sei nach Paris gekommen, um zusammen mit Herriot während dessen Erörterungen mit Chamberlain die Pistole vor den Kopf zu halten. Jetzt, wo ein Pakt angeboten werde, dürfe die gesamte Grundlinie der französischen Politik in Polen zusammenfallen. Deutschland habe durch Unterbreitung seiner Sicherheitsvorschläge einen neuen Faktor eingeführt. Werde Polen jetzt Deutschland, Frankreich und Großbritannien bei ihrem Entschluß nach einem modus vivendi im Wege stehen oder werde Frankreich erkennen, daß die Sicherheit, die auf einem Einvernehmen zwischen den drei Großmächten Westeuropas beruhe, ein festerer Zustand als die angilgeschwollene Schwäche Polens sei? Dies habe, kurz gefaßt, Chamberlain Herriot gefragt.

Chamberlain in Genf.

Genf, 8. März. Der englische Außenminister Chamberlain, unter dessen Vorsitz der Völkerbundrat seine 20. Tagung abhalten wird, ist heute vormittag in Genf eingetroffen. Die ziemlich umfangreiche Tagesordnung gilt nur internen und Finanzfragen. Es wird nicht mehr damit gerechnet, daß sich die Verhandlungen über die Hauptpunkte der bevorstehenden letzten Tagung in die Länge ziehen werden. Die Verhandlungen über die weitere Vertagung des Genfer Protokolls, über den Ausbau des Kontrollregimes des Völkerbundes in Deutschland, Oesterreich, Ungarn und Bulgarien und über die Beantwortung der deutschen Note bezüglich einer eventuellen Beteiligung Deutschlands an kriegerischen Zwangsmassnahmen des Völkerbundes auf Grund des Art. 10 des Völkerbundespaktes dürften nur wenige Tage in Anspruch nehmen und auch die auf der Tagesordnung stehenden Fragen betreffend das Saargebiet und Danzig glaubt man in dieser Woche bereits erledigen zu können.

Ausdehnung des Bahnstreiks in Berlin.

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung nach Berlin, 8. März. Zum Streik der Eisenbahner weist die Reichsbahn nochmals darauf hin, daß sie den Eisenbahnarbeitern immer wieder angeboten habe, ihre Löhne dort, wo sie unter denen der Industriearbeiter liegen, an diese auszugleichen. Das hätten die beteiligten Gewerkschaftsführer aber stets abgelehnt und eine allgemeine Lohn-erhöhung gefordert.

Eine Erhöhung der Personalarbeite würde sich bei Lohn- und Gehaltssteigerungen nicht vermeiden lassen.

Zu den Berliner Zeitstreiks betont die Reichsbahn, daß das Mißverständnis über die Teilnahme an der Trauerfeier für den Reichspräsidenten bereits geklärt sei. Trotz der Anforderung der Gewerkschaften, die Streikball nicht zu verbreitern, haben die Arbeiter, die auf den Güterböden und Umlagebahnen, sowie in den Rangierbetrieben beschäftigt sind, doch ihre Dienststellen verlassen.

Am Sonntag morgen wurde auf neun Bahnhöfen in Berlin gestreikt.

Dagegen ist in den Lokomotivwerkstätten, in denen die Lokomotiven geäubert, bebohrt und geschmiert werden, bisher überall noch gearbeitet worden. Der Ausstand der Güterbodenarbeiter wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach in Berlin in den nächsten Tagen noch nicht allseitig bemerkbar machen, denn die Reichsbahndirektion hat fast überall bereits eine Vertriebshilfe organisiert, die die dringendsten Arbeiten durchführen kann. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß z. B. auf dem Potsdamer Güterbahnhof die von der Verwaltung zur Ausführung der Arbeiten herangezogenen Unterbeamten sich geweigert haben, diesen Dienst zu tun. Sehr wahrscheinlich wird es deswegen noch zu einer ersten Auseinandersetzung kommen. Dagegen ist die Reichsbahn augenblicklich in einer nicht ungünstigen Lage, da die Monate März und April zu den sogenannten verkehrsarmen Monaten gehören.

Am Montag vormittag findet eine Sitzung der Arbeitergewerkschaften in Berlin statt, in der bereits die Frage einer Verbreiterung der Streikball ausföhrlich behandelt werden soll. Am Nachmittag schließt sich daran eine Sitzung mit den Beamten der Gewerkschaften aller Richtungen. Vorderrhand ist aber nicht anzunehmen, daß in dieser Sitzung Beschlüsse gefaßt werden, die eine ernsthafte Gefährdung des gesamten Bahnverkehrs bedeuten könnten.

Sozialistische Sonderkandidatur Braun.

Die Sozialisten zur Präsidentenwahl.

Berlin, 8. März. Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei hielt gestern im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab, die sich mit der Kandidatur für die Reichspräsidentenwahl beschäftigte. In der mehr als sechsstündigen Debatte entschied sich die Mehrheit schließlich für die Aufstellung eines eigenen Kandidaten. Darauf zog sich der sozialdemokratische Parteivorstand zu einer Sonderberatung zurück, aus deren Ergebnis gegen 8 Uhr abends mitgeteilt wurde, daß einstimmig die Aufstellung des früheren preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun als Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl empfohlen wurde. Die versammelten Mitglieder des Parteiausschusses und der Reichstagsfraktion erklärten sich einstimmig mit dem Vorschlag des Parteivorstandes einverstanden.

Die demokratische Presse gibt in scharfen Worten ihrem Unmut darüber Ausdruck, daß die Sozialdemokraten, ohne irgendwelche Fühlung mit der demokratischen Bruderpartei zu nehmen, einfach die Nominierung Otto Brauns als sozialdemokratischer Präsidentschaftskandidat bekanntgeben. Die Berliner demokratischen Mütter erklären, daß diese „Sonderkandidatur“ in weiten Kreisen der versöhnungstreuen Parteien nicht verstanden und aufs härteste bedauert werde. Daß die Sozialdemokratie in dieser entscheidenden Frage den Parteigenossen nicht überwinden könne, sei ein Verlangen der Gerechtigkeit. Die peinliche Ueberreizung der Demokraten ist an sich nicht ganz verständlich, denn wenn die Rechtsparteien nicht jedes Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ablehnen haben, so geschah das ganz besonders deswegen, weil die Sozialdemokratie den Parteiensozialismus überwunden hat, und bei ihr nicht Kleinliche Parteirivalitäten entscheidenden Einfluß ausübten. Man beklagt es in

der demokratischen Presse weiter, daß Zentrum und Demokraten nun gleichfalls zu Sonderkandidaturen genötigt würden.

Weitgehende Einigung auf der Rechten.

Berlin, 8. März. Der in der Presse schon erwähnte Arbeitsausschuß für die Vorbereitung der Wahl des Reichspräsidenten, der sich aus Mitgliedern der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der Bauernpartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung und der in Betracht kommenden politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Organisationen zusammensetzt, hat eine Beratung abgehalten, in der die Verhandlungen über eine gemeinsame Kandidatur so weit gefördert wurden, daß den Intentionen der Parteien und Organisationen ein einstimmiger Vorschlag unterbreitet worden ist. Mit bisher nicht beteiligten Parteien und Organisationen wird über den Vorschlag verhandelt werden. Die Entscheidung wird bis Mitte nächster Woche vorliegen.

Das Stellvertretungsgesetz.

Berlin, 8. März. Der von den Reichstagsfraktionen eingebrachte Initiativantrag betreffend die Stellvertretung des Reichspräsidenten hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Zum Stellvertreter des am 28. Februar 1925 verkündeten Reichspräsidenten wird der Präsident des Reichsgerichts bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten bestimmt.

§ 2. Die Vorschriften der Reichsverfassung über den Reichspräsidenten finden für die Dauer der Stellvertretung auf den Stellvertreter Anwendung. Der Stellvertreter bezieht für die Dauer der Stellvertretung des Reichspräsidenten das diesem zustehende Dienstvermögen einschließlich der Aufwandsgebühren.

§ 3. Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.